

# Land Salzburg klagt die Stadt auf Schadenersatz

4,8 Millionen Euro Schaden sollen dem Land entstanden sein, weil es 2007 Spekulationspapiere der Stadt übernahm. Nun klagt das Land die Summe ein. „Kriegszustand“ herrscht aber nicht.

CHRISTIAN RESCH

**SALZBURG-STADT.** Nun also doch. Das Land Salzburg wird beim Landesgericht Schadenersatzklage gegen die Landeshauptstadt einreichen. Es geht um einen Streitwert von 4,8 Millionen Euro – entstanden aus negativen, hoch riskanten Swap-Geschäften in den Jahren vor der Lehman-Brothers-Pleite und der weltweiten Finanzkrise.

Der Hintergrund: Im September 2007 „übergab“ die Landeshauptstadt fünf risikoreiche Zinsgeschäfte an die Finanzabteilung des Landes. Wobei offen war, wie stark diese Geschäfte damals im Minus standen und welcher Schaden dem Land dadurch entstand – ganz abgesehen von der Frage, warum die Landes-Finanzmanager solche Produkte überhaupt freiwillig annahmen und die Stadt somit mutmaßlich begünstigten.

Die Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionstaatsanwaltschaft in der Sache sind noch nicht abgeschlossen, als Verdächtige werden Bürgermeister Heinz Schaden (SPÖ) sowie Spitzenbeamte des Magistrats geführt. Bewegung in die Sache kam Anfang April, als Gutachter Christian Imo seine Expertise zu der Swap-Übergabe vorlegte.

Er traf darin eindeutige Aussagen zum tatsächlich negativen Wert dieser Swaps. Der resultierende Verlust liege, so heißt es, zwischen 3,2 und 4,9 Millionen Euro. Dies betraf die „objektive Tatseite“, also die Frage, ob damals überhaupt Schaden entstanden ist. Der Gutachter teilte auch mit, dass das Land – egal, welche Derivate es bereits besessen hatte – von den städtischen Swaps kaum hätte profitieren können. Das Land leistete der Stadt zudem keinerlei Gegenleistung, was der Gutachter als



Das Duell zwischen Stadt und Land ist eröffnet. Doch noch ist das Band zwischen Bgm. Heinz Schaden (links) und LH-Stv. Christian Stöckl nicht zerschnitten.

BILD: SN/NEUMAYR

höchst ungewöhnlich beschrieb.

Die Kriminalisten haben nun zu klären, ob seitens der Beteiligten eine Schädigungsabsicht nachweisbar ist und dadurch der Vorwurf der Untreue verwirklicht würde.

Vorerst geht es aber um die zivilrechtliche Seite des Vorgangs. Das Land muss befürchten, dass seine Forderung nach Wiedergutmachung verjähren könnte. Und muss daher bei der Stadt Druck machen. Andernfalls könnten sich die Verantwortlichen um Finanzreferent Christian Stöckl (ÖVP) ihrerseits den Vorwurf der Untreue einhandeln, weil sie bewusst Nachteile für das Land in Kauf nehmen würden.

Die Stadt wiederum weigert sich aus ähnlichen Gründen, auf eine Verjährung formell zu verzichten. Denn dadurch würden

sich wiederum Heinz Schaden und sein Führungsteam verdächtig machen, finanzielle Nachteile für die Stadt billigend in Kauf zu nehmen.

Stöckl sagt, man sei am Donnerstag „auf höchster Ebene“, also mit dem Bürgermeister, zusammengesessen. Es habe jedoch keine andere Lösung erarbeitet werden können als eben die Klage. Schaden spricht von „einem ungewöhnlichen Vorgang“ und will nun zuwarten, „was da vom Land daherkommt“. Jedenfalls habe den Magistrat noch ein entsprechender Schriftsatz erreicht.

Wie berichtet, hat das Land aktuell auch die Liechtensteiner LGT-Bank auf Schadenersatz geklagt – hier geht es um 7,3 Mill. Euro. Die Bank war Partner bei diversen Spekulationsgeschäften zwischen 2010 und 2012 gewe-

sen, die insgesamt eine Nominal von zehn Milliarden Euro umfasst hatten. Zur Erklärung: Diese Summe entspricht nicht dem Wert der Veranlagungen, sondern ist eine fiktive Größe, die etwa bei Zinstauschgeschäften Grundlage für die auszutauschenden Zahlungsströme darstellt.

Bereits zuvor hatte ein österreichisches Geldinstitut dem Land freiwillig 6,21 Mill. Euro zurückgezahlt. Zwei weitere Banken dürften am kommenden Dienstag geklagt werden, falls sie nicht zuvor auf eine Verjährung der Ansprüche des Landes verzichten. 13 weitere ausländische Banken haben hierfür noch länger Zeit, jedoch erhofft sich das Land hier ebenfalls millionenschwere Rückzahlungen. Ob nun mit oder ohne Gerichtsprozess.

## Verein will Prüfung der BH Gmunden durch Staatsanwalt

Silvester Leitner will strengere Gangart gegen illegale Lkw-Fahrten.

**SALZBURG.** Seit 2011 kämpft der Verein Lebensraum Salzkammergut gegen Lkw, die trotz Fahrverbot durch das Salzkammergut fahren – um sich so die Autobahnmaut zu ersparen. 156 Lkw-Lenker wurden angezeigt. Weiters hat Vereinsobmann Silvester Leitner aus Abersee die Bezirkshauptmannschaft Gmunden bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Das Verfahren wurde jedoch niedergelegt.

Nun wagt Leitner einen zweiten Anlauf: Er wird am Montag einen Fortführungsantrag bei der Staatsanwaltschaft stellen. Er will geprüft wissen, ob Urkundenfälschung der BH vorliegt: Denn er hat am 8. Juni einen Brief des Gmundner Bezirkshauptmanns Alois Lanz bekommen. Die Kopie im Akt habe aber einen gänzlich anderen Wortlaut. Weiters moniert er, dass die BH Vereinsmitglieder nie als Zeugen einvernommen habe. Und einem Frächter wirft er Betrug vor.

Bezirkshauptmann Lanz sieht den Fall gelassen: „Den Vorwurf der Urkundenfälschung weise ich zurück. Es ist üblich, dass Entwürfe von Briefen im Akt landen, die später ergänzt werden oder auch nicht. Aber ich habe kein Problem, wenn das der Staatsanwalt nochmals alles prüft.“

## 380-kV-Gegner decken Fehler auf

Wieder steht ein Gutachter in der Kritik: Wirbel um Vorwurf der Fälschung.

THOMAS AUINGER

**SALZBURG.** Im Monsterverfahren um die geplante 380-kV-Leitung von Elixhausen nach Kaprun kommen einzelne Gutachter und Gutachten nicht aus der Kritik. Für die Gegner der Freileitung ist vor allem der Wiener Umwelthygiene-Experte Manfred Neuberger ein rotes Tuch. Sie fordern neuerlich die sofortige Abberufung dieses Sachverständigen.

In der Sache geht es um die Frage, ob die elektromagnetische Strahlung der Leitung das Risiko von Erkrankungen (etwa Kinder-Leukämie) bei Anrainern erhöht. Neuberger hat dieses Risiko ausdrücklich ausgeschlossen. Es gibt aber auch gegenteilige Fachmeinungen. Formal geht es in dem Streit um die Ergebnisse der großen Verhandlung zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vom Juni 2014 in der Salzburgarena.

Am Freitag meldete sich Salzburgs Naturschutzbund-Vorsitzender Hans Kutil zu Wort: „Ich bin auf einen gravierenden Fehler in der UVP-Verhandlungsschrift des Landes gestoßen, der die Seriosität dieses ‚Protokolls‘ infrage stellt.“ Es habe sich herausgestellt, dass die Passage in der Verhandlungsschrift



Naturschützer Hans Kutil.

BILD: SN/PRIVAT



Erdkabel-Kämpfer Franz Köck.

BILD: SN

über die Auseinandersetzung zwischen (dem Erdkabel-Befürworter) Franz Köck aus Adnet und Prof. Neuberger „mit dem tatsächlich Gesagten nicht das Geringste zu tun“ habe.

Köck verwies damals auf die sogenannte Reflex-Studie (die sehr wohl erbgutschädigende Wirkungen ergeben hatte). Laut Kutil hat der Sachverständige, wie es in der wörtlichen Abschrift des Mitschnitts heiße, gesagt, Autoren der Reflex-Studie hätten „nachweislich falsch, sagt der Naturschutzbund-Chef. Weitere Recherchen hätten dann ergeben, dass auch die tatsächliche Aussage Neuberger zur Reflex-

Studie falsch sei. Ähnliche Behauptungen über angeblich gefälschte Ergebnisse in dieser Studie wurden in Deutschland per Gerichtsurteil untersagt. Auch der Rat für Wissenschaftsethik der Medizinischen Universität Wien hat keine Fälschung festgestellt. Kutil: „Ich habe daher namens des Naturschutzbundes entsprechende Konsequenzen gefordert.“ In einem Schreiben an die Verfahrensleiterin beim Land, Eva Hofbauer, verlangt er die sofortige Abberufung des Sachverständigen Univ.-Prof. Manfred Neuberger „wegen nachweislich falscher Angaben, die verfahrensrelevant sind“.

Auch Franz Köck selbst will gegen falsche Aussagen rechtlich vorgehen. Der betreffende Sachverständige ist bei den Gegnern der Freileitung nicht zuletzt deshalb schlecht angeschrieben, weil er auch bei der 380-kV-Steiermarkleitung und dem ersten Teil der 380-kV-Salzburgleitung von St. Peter/OÖ nach Elixhausen von der Behörde beauftragt war. Dem Projektbetreiber, der Verbund-Tochter Austrian Power Grid (APG), ist es in beiden Fällen gelungen, ihr Projekt durchzubringen. Köck fordert auch politische Aufklärung darüber, wer die Bestellung Neuberger empfohlen und unterstützt hat. Die Rede war zum Beispiel davon, dass der Doppelauftrag an Neuberger aus Kostengründen erging.

## Landwirtschaftsschüler in Kleßheim bekommen einen neuen Holzbau

**WALS-SIEZENHEIM.** Das Land erweitert das Schülerheim der Landwirtschaftsschule Kleßheim um einen Holzbau in Passivstandard. Am Freitag fand der Spatenstich statt. Außerdem wird die Kleßheimer Straße an den Mühlbach verlegt.

Finanziert wird das Projekt mit der Unterstützung der Gemeinde Wals-Siezenheim und der Wirtschaftskammer. Die Gesamtkosten

belaufen sich auf gut 2,5 Millionen Euro. Davon tragen das Land 2,3 Millionen, die Gemeinde 150.000 Euro und die Wirtschaftskammer 60.000 Euro. Die Fertigstellung ist für den August 2016 geplant. „Es ist auch wichtig, dass unsere Schüler den natürlichen Baustoff Holz kennenlernen und die angenehme Wohnatmosphäre erleben können“, sagt Landesrat Josef Schwaiger (ÖVP)

## INTUO-Küchen Musterküchenabverkauf!

Modell P 02 C Kashmir & Lederlook Tonka  
Glaserplatte, Neff-Geräte  
statt € 34.866,- **jetzt € 14.900,-**  
Modell E 06 HC – Sand hochglanz  
Granitplatte Shivakashi, Geräte Neff & Gutmann  
statt € 47.457,- **jetzt € 22.900,-**  
Modell E 02 C – weiss matt  
Granitplatte inkl. Miele Geräte  
statt € 39.109,- **jetzt € 24.900,-**

**Tische, Stühle, Beimöbel bis zu 70% reduziert**  
Alle Preise sind Abholpreise, Montage nach Aufwand möglich!

**Küchen Studio Christ**  
Hofhaymer Allee 15 · 5020 Salzburg · Tel: 0662/823327

Fax: 0662/821096 · email: ksc@aon.at · www.kuechenstudiochrist.at